

Frank DICKMANN, Bochum

## **Bergbaufolgelandschaften in Deutschland – Eine empirische Untersuchung zur Bewertung neu geschaffener Siedlungsstrukturen im rheinischen Braunkohlenrevier**

### **Summary**

In the rhenish lignite mining area more than hundred villages (with about 30,000 inhabitants) had to be removed and rebuilt at other sites in order to gain the raw material since 1948. In regional planning it was considered a chance to create modern settlements, which could meet the needs of the relocated people in a better way than the old villages. This concept should compensate the loss of homes and social environments. The analysis of the living situation in a new settlement compared with a non-relocated village proves, that not in all but many aspects an improvement has been reached.

### **1 Neue Siedlungen in der Bergbaufolgelandschaft**

Über 30.000 Menschen mussten im dicht besiedelten Rheinland seit dem Zweiten Weltkrieg dem Braunkohletagebau weichen, rund 100 ländlich geprägte Orte wurden seit 1948 umgesiedelt (ARL 2000). Im rheinischen Braunkohlenrevier entstand dadurch eine Vielzahl neuer Siedlungsbereiche, die der Aufnahme der Bevölkerung aus den umgesiedelten Orten dienen. Die damit verbundenen Eingriffe in das Siedlungsgefüge wurden in planerischer Hinsicht als „Chance zur Neuordnung“ (SCHMIDT 1960, 165; s.a. MAYERS u. LÖGTERS 1986; DALLDORF 1971; MURR 1967) aufgefasst. Schon aufgrund des Schadens, den die von Umsiedlungen betroffenen Menschen hinnehmen mussten, wurde die Verpflichtung abgeleitet, „durch ein innovatives Szenarium zu neuen siedlungsstrukturellen und kulturellen Ergebnissen [zu] finden“ (ULRICH 1996, 147). Am grünen Tisch geplant, konnten Grundbesitzverhältnisse völlig neu geordnet und zeitgenössische Planungsideen umgesetzt werden. Im Erfolgsfall könnte ein solches kleinräumiges Siedlungskonzept auch auf jene Gebiete angewendet werden, die für Wohnbauweiterungen oder großflächige Sanierungsmaßnahmen vorgesehen sind.

Nach einem halben Jahrhundert planerisch gesteuerter Umsiedlungsaktivitäten lässt sich nun prüfen, wie erfolgreich die Entwicklung dieser neuen Siedlungen verlaufen ist. Der Rückblick auf das Umsiedlungsgeschehen der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass am neuen Standort als Folge gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, gesetzlicher Rahmenbedingungen, individueller Interessen etc. nicht die alten ländlichen Siedlungen sondern suburbane Wohnbereiche entstehen (vgl.

DICKMANN 1995 u. 1996b). Der oftmals gezogene Vergleich zwischen der Situation am alten und am neuen Standort (BRAUN et al. 1996; BRÜCKNER 1989; WÜST 1977) reicht noch nicht aus, um eine umfassende städtebauliche und räumlich-funktionale Einschätzung der neuen Siedlungsgebilde vor dem Hintergrund heutiger raumordnerischer Anforderungen vorzunehmen. In der nachfolgenden Betrachtung soll der Umsiedlungskontext mit seinen vielschichtigen sozialgeographischen Prozessen, die vor und während der eigentlichen Umsiedlungsmaßnahme greifen, bewusst ausgeklammert werden (hier sei auf die einschlägige Literatur verwiesen, wie BRAUN et al. 1996; SEVENICH et al. 1996; DICKMANN 1996a, b; DECKER et al. 1990; WIRTH 1990; für die Auswirkungen des Bergbaus auf Siedlungen in Ostdeutschland u.a. BERKNER 1994, 1995 u. 2001).

Der Blickwinkel wird vielmehr auf die heutige städtebauliche Situation und ihre Potenziale gerichtet. Die Untersuchung schließt somit an soziologische Arbeiten über Fragen zur Lebensqualität von Bergbaufolgelandschaften an (KABISCH 2001, KABISCH u. LINKE 2000; KABISCH u. BERKNER 1996), die jedoch ausschließlich die ostdeutschen Bergbauregionen und deren Entwicklungschancen infolge des massiven ökonomischen Wandels zum Gegenstand hatten. Schwerpunktmäßig wurden dabei die zu revitalisierenden Tagebaurandgemeinden untersucht, deren Jahrzehnte lang feststehender Abriss durch die politische Wende letztlich nicht mehr vollzogen werden musste.

Im Folgenden steht nun die Frage im Vordergrund, ob im rheinischen Braunkohlenrevier grundsätzlich eine zufrieden stellende (Wohn-) Situation entstanden ist und ob solche neu geschaffenen Siedlungsflächen nicht auch Modellfunktion für städtische Ausbau- und Ergänzungsgebiete besitzen. Schließlich waren die Umsiedlungsstandorte als baulich geschlossene und infrastrukturell eigenständige Siedlungseinheiten mit eigenem städtebaulichen Mittelpunkt gedacht, die einen Ersatz für die ehemalige, gewachsene (dörfliche) Gemeinschaft bieten und die Voraussetzungen für die Schaffung eines möglichst hohen Maßes an Identifikation der Bewohner mit ihrem neuen Wohnort erzeugen sollte. Damit sollten die Vorteile des vertrauten Nachbarschaftslebens ländlicher Siedlungen gewahrt bleiben, gleichzeitig jedoch die baulichen Mängel der alten Siedlung (Dorfes) aufgehoben werden.

## **2 Umsiedlungsstandorte als städtebauliches Modell?**

Die Umsiedlungsmaßnahmen, die die größeren geschlossenen Orte im rheinischen Braunkohlenrevier betrafen, basieren in ihrer Form und Struktur auf einem alten städtebaulichen Ansatz, der im Prinzip immer wieder in der Städtebaugeschichte aufgegriffen wurde (LICHTENBERGER 2002). Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wurden zahlreiche Ideen entwickelt, um die wuchernden Städte menschengerechter zu gestalten, was insbesondere in den architektonischen Gartencitykonzepten und in den Vorstellungen zur Errichtung überschaubarer Nachbarschaften seinen Niederschlag fand (Reformbewegungen im Städtebau). In unterschiedlichen Varianten prägte das Nachbarschaftskonzept daraufhin die Entwicklung städtebaulicher Leitbilder, sei es in der kleinräumigen Form der „Wohnzelle“ während des städtischen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg oder in der großflächigen Einrichtungen von „gated communities“ insbesondere in den USA.

Auch in der Umsiedlungspraxis spielte die Idee der Nachbarschaften eine Rolle, wengleich auf einer kleinräumigeren Maßstabebene und nicht in einem explizit urbanen Kontext. Hier stand der Erhalt der ehemaligen, überwiegend ländlich geprägten Gemeinschaften im Blickfeld. Die Kriterien für die Wiedererrichtung richteten sich vor allem nach den spezifischen räumlichen Bedingungen des alten Ortes, nicht zuletzt deshalb, weil generelle Leitideen für den ländlichen Raum fehlten (ULRICH 1996). Die Planung der funktionalen Ausstattung und teilweise selbst des Grundrisses des Ersatzstandortes orientierte sich nach dem alten Ort (MAYERS u. LÖGTERS 1986). Nicht selten hatte dabei die fehlende Beachtung übergeordneter zentral-örtlicher Belange und ökonomischer Wandlungsprozesse des ländlichen Raums zu gravierenden Fehlentwicklungen in der Anlage wiedererrichteter Siedlungen geführt (DICKMANN 1997).

Aus heutiger Sicht können jedoch die Maßnahmen als ein städtebauliches Experiment betrachtet werden, mit dem sich nach Alternativen im urbanen oder suburbanen Erweiterungsraum suchen lässt. Es ist daher in siedlungsgeographischer Hinsicht interessant der Frage nachzugehen, wie sich die Siedlungsentwicklung gerade unter dem Blickwinkel einer Suche nach alternativen suburbanen Siedlungsformen bewerten lässt und inwieweit sich die Errichtung solch kleiner Siedlungseinheiten eignet, den allgemein stattfindenden randstädtischen Ausbau innovativer zu gestalten. Die „Nachbarschaft“ oder das „Stadtquartier“ bilden heute einen zunehmend wichtigen Schwerpunkt in der Stadtforschung. Dies zeigen u.a. das Modellvorhaben „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung ([www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)) oder das Bundesländer-Programm „Die soziale Stadt“ (<http://www.sozialestadt.de/programm/>).

Für eine solche Betrachtungsweise spricht, dass heute – oft über 40 Jahre nach Abschluss vieler Umsiedlungsmaßnahmen – in vielen neuen Standorten nur noch wenige Menschen leben, die den alten Ort noch kennen. Zunehmend werden diese Standorte von später Zugezogenen bewohnt, so dass der einstige Umsiedlungskontext immer weniger eine Rolle im Alltagsleben der Menschen spielt. Im Fall des Umsiedlungsstandortes Berrenrath (Stadt Hürth bei Köln) war die Bevölkerung bereits wenige Jahre nach Abschluss der Umsiedlung durch weiteren Zuzug um über 50% auf 3.700 Personen (1964) angewachsen (DICKMANN 1996b). Heute verfügt nur noch ein Bruchteil der Bevölkerung über den „Umsiedlungshintergrund“. Nur wenige vergleichen die heutige Lebenssituation noch mit jener des niedergerissenen Alt-Ortes. Für die später Zugezogenen bzw. Nachgeborenen handelt es sich bei den Umsiedlungsstandorten um „normale“ Neubaugebiete, denen sie mit anderen Ansprüchen als die eigentlichen Umsiedler begegnen.

### **3 Der Vergleich zu nicht vom Bergbau betroffenen Siedlungen**

Sind lediglich „Wohnsilos“ entstanden oder verfügen die neuen Flächen über identitätstiftendes Entwicklungspotenzial, das ggf. Vorbildfunktion für andere randstädtische Ausbaugebiete haben könnte? Zur Aufarbeitung dieser Frage stellt die Untersuchung der Wohnzufriedenheit und Ortsbindung der heute in den Umsiedlungsgebieten lebenden Bevölkerung einen ersten Schritt dar. Dabei wird von

der Annahme ausgegangen, dass eine hohe Wohnzufriedenheit und Ortsbindung entscheidende Indikatoren einer stabilen, d.h. einer in sozialer und ökonomischer Hinsicht heutigen raumordnerischen Anforderungen entsprechenden Siedlungsstruktur bilden. Zu einer solch anzustrebenden Siedlungsstruktur sind die effiziente Versorgung, die Vermeidung von Splittersiedlungen oder auch die Möglichkeiten zur Kommunikation zu zählen. Letzteres ist von besonderer Bedeutung für die Entstehung von „Nachbarschaft“, die nicht nur von real vorhandenen baulichen und administrativen Grenzen, sondern aus dem Bewusstsein seiner Bewohner heraus konstruiert wird.

In einer Fallanalyse wurden 2004 in zwei Orten des Braunkohlenreviers Daten mit Hilfe von Haushaltsbefragungen erhoben. Es handelt sich um zwei Stadtteile des im ländlichen Raum gelegenen Mittelzentrums Bedburg (rd. 24.000 Ew.) bei Köln (Abb. 1). Einer der Stadtteile (Königshoven, 1.863 Ew.) wurde zwischen 1976 und 1986 umgesiedelt und vollständig neu errichtet. Gleichzeitig wurden Daten in einem weiteren Stadtteil erhoben (Kirchherten, 2.049 Ew.), der sich unbeeinflusst vom Braunkohlenbergbau entwickelte. Damit wird die Situation in einem baulich eigenständigen, jedoch gewachsenen alten Ort gleicher Größe und Struktur als Referenzniveau für die Bewertung herangezogen. Der Vergleich soll zeigen, wie sich die Wohnsituation der Bevölkerung heute darstellte, wenn es nicht zum Abriss und Neubau der vom Bergbau betroffenen Orte gekommen wäre (Abb. 2). Die Aussagekraft eines solchen Vergleichs ist im Prinzip begrenzt, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass in der Realität zwei Siedlungen in Form und Umfang völlig identischen Einflussfaktoren ausgesetzt sind. Um dieses methodische Defizit zumindest teilweise zu kompensieren, erfolgte die Auswahl der Orte nach Strukturkennzeichen, in denen die Bevölkerung beider Siedlungen zum Zeitpunkt vor der Umsiedlungsmaßnahme weitgehend übereinstimmte (Bevölkerungsgröße, Alters- und Erwerbsstruktur).

Von den an jeden zweiten Haushalt der beiden Stadtteile verteilten Fragebogen (jeweils rund 400) wurden 18% zurückgesandt. Für die Analyse standen insgesamt über 140 auswertbare Fragebogen zur Verfügung. In Bezug auf die Altersstruktur ist die Stichprobe weitgehend repräsentativ. Lediglich die Gruppe der unter 18-jährigen ist – methodisch bedingt durch die Haushaltsbefragung, bei der der Haushaltsvorstand antwortete – unterrepräsentiert.

#### **4 Die Wahrnehmung der (materiellen) Wohnsituation**

Unmittelbare Auswirkungen auf die Wohnzufriedenheit haben die direkten Wohnverhältnisse (Größe und Qualität der Wohnung) und die Bedingungen des weiteren Wohnumfeldes. Dies bezieht sich zum einen auf die Versorgungsmöglichkeiten, also den Ausstattungsgrad bzw. die Erreichbarkeit privater und öffentlicher Einrichtungen. Zum anderen sind darunter städtebauliche Charakteristika zu verstehen, z.B. die landschaftliche Attraktivität im Umfeld, die Grünflächengestaltung im Stadtteil sowie die zur Schaffung ruhiger Wohnverhältnisse notwendige Verkehrsberuhigung.

Verschiedene Indikatoren können dazu dienen herauszufinden, wie die Menschen in Königshoven und dem benachbarten Kirchherten ihren Wohnort bewerten.

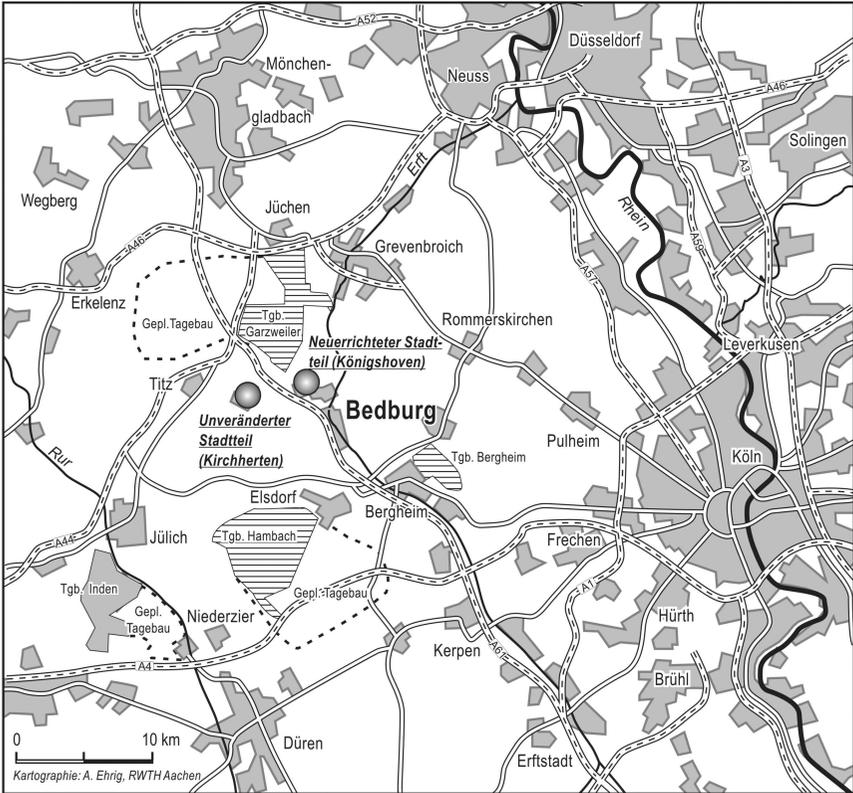


Abb. 1: Lage der untersuchten Stadtteile der Stadt Bedburg (Köln)

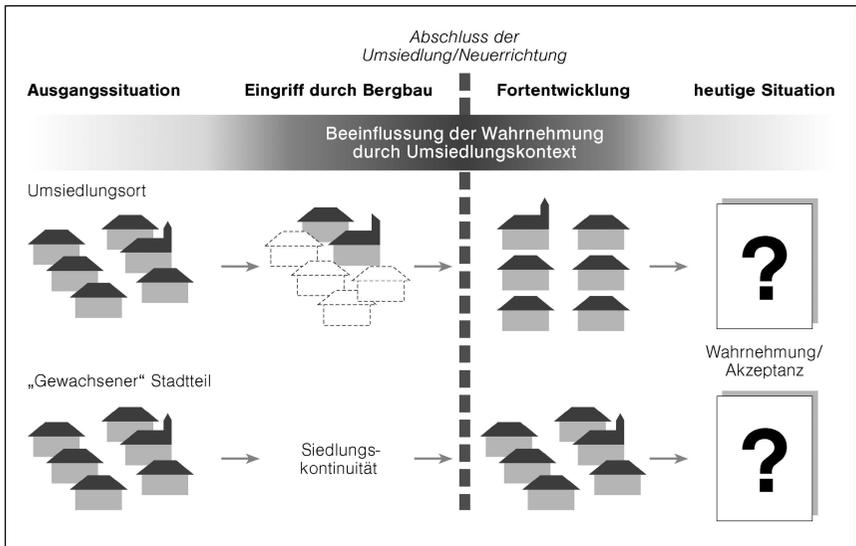


Abb. 2: Vergleichender Untersuchungsansatz

Einen ersten Eindruck vermittelt die von den Befragten auf der Basis von Schulnoten vorgenommene Bewertung. Beide Standorte werden demnach in der positiven Hälfte der Notenskala angesiedelt. Mit Notendurchschnitten von 2,7 für den alten und 2,1 für den neuen Stadtteil fällt die Bewertung der neuen Siedlungsfläche dabei deutlich besser aus als für den alten gewachsenen Ort.

Diese grundsätzlich positiven Bewertungen müssen allerdings mit Vorsicht betrachtet werden. Der biographische und sozial-psychologische Hintergrund jedes einzelnen Befragten spielt eine wichtige Rolle. So wird kaum jemand zugeben, seit Jahren in einem Ort zu leben, in dem es ihm nicht gefällt, zumal wenn er sich diesen Ort zum Wohnen ausgesucht hat. Solche Mechanismen führen u.a. dazu, dass selbst die Bewohner mancher Großwohnsiedlungen, die alles andere als heutigen Wohnvorstellungen entsprechen, ihre Wohnverhältnisse überwiegend als zufrieden stellend bis gut einschätzen (vgl. KLEIBER 1988). Für die Interpretation der Wohnzufriedenheit etwa hat dies zur Folge, dass ein Ort, der von Auswärtigen als unattraktiv eingestuft wird, von Menschen, die dort leben und die dort ihre wichtigen sozialen Kontakte haben, wesentlich positiver gesehen wird. Im Extremfall können räumliche Lagenachteile (in der Nähe gelegene stark befahrene Autobahn, angrenzender emittierender Industriebetrieb) völlig verdrängt und nicht mehr wahrgenommen werden (kognitive Dissonanz). Dieser erste Schritt der Notenvergabe erfolgte auf einer sehr allgemeinen, eher diffus-intuitiven Grundlage, die zwar eine erste wichtige Bewertung durch die Bevölkerung darstellt, jedoch konkrete ursächliche Zusammenhänge mit der Wohnsituation (Versorgungsaspekte, städtebauliche Aspekte etc.) noch nicht herzustellen vermag.

Um zu einer differenzierteren Analyse dessen zu gelangen, was für die Bewohner von besonderer (subjektiver) Bedeutung in der Wahrnehmung ihres Wohnortes ist, eignet sich der Rückgriff auf die sozialwissenschaftliche Technik der Bedeutungsdifferenzierung (semantisches Differential), bei der sich emotionale Bedeutungszuweisungen (indirekt) quantitativ erfassen lassen (BERGLER 1976; OSGOOD et al. 1971). Auf dem Fragebogen waren dazu neun gegensätzliche Begriffspaare vorgegeben, z.B. „lebendig–gestorben“, „überschaubar–anonym“. Diese Einordnung gibt Aufschluss über die Konnotationen und Färbungen, die eine Person mit der jeweils einzuschätzenden Dimension verbindet. Wie bei der o.g. Notenvergabe bewegen sich die Ergebnisse überwiegend in der positiven Hälfte der Bewertungsskala (Abb. 3). Dabei fällt auf, dass die Bewertungsprofile vergleichsweise dicht nebeneinander verlaufen (Ähnlichkeitsmaß nach OSGOOD et al. mit  $D = 1,78$ ). Die Differenzen, die festgestellt werden können, sollten zwar nicht überinterpretiert werden, dennoch ist die genauere Betrachtung der Eigenschaften, bei denen die Stadtteile unterschiedlich oder „extremer“ abgeschnitten haben, in qualitativer Hinsicht sehr aufschlussreich.

Das Ortsbild schneidet beim alten (gewachsenen) Stadtteil vergleichsweise schlecht ab. Im neuen Ort macht sich hingegen offensichtlich der spezifisch städtebauliche Einfluss in Form von weitläufig und großzügig zugeschnittenen Bereichen der Familienhaus-Grundstücke bzw. -Neubauten positiv in der Bewertung bemerkbar. Bei weiteren Gegensatzpaaren, die sich ebenfalls auf strukturelle Verhältnisse beziehen, schneiden beide Stadtteile auffallend gut ab. Die „Überschaubarkeit“ wird hervorgehoben. Hierzu passt auch die Einstufung als „dörflich“, mit der die Größe

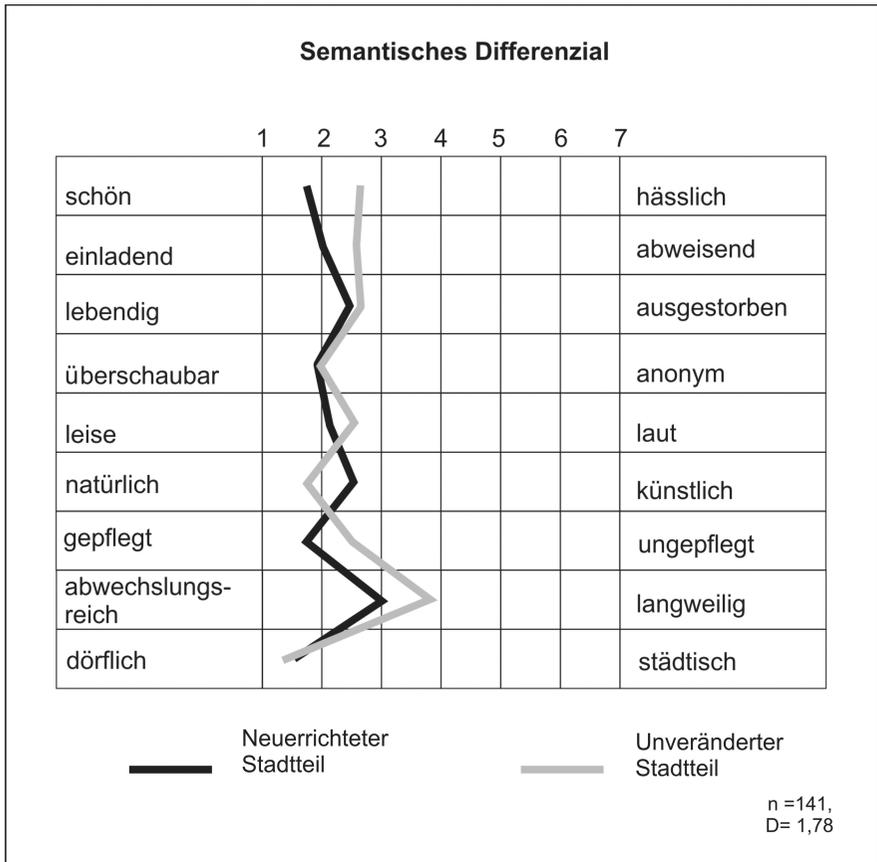


Abb. 3: Verwendetes Semantisches Differenzial

und der isolierte Charakter der Siedlung, aber auch – wie Kommentaren zu entnehmen ist – das Gemeinschaftsleben umschrieben wurde. Interessanterweise wurden beide Stadtteile von den Bewohnern als gleich "dörflich" eingestuft, was bereits für eine gelungene Umsetzung des Nachbarschaftsgedankens sprechen dürfte. Dabei rangiert der neue Stadtteil in der durchschnittlichen Einschätzung wieder nun ein wenig vor dem alten. Insgesamt deuten die Ergebnisse an, dass die Umsiedlung nicht zu einer Verschlechterung der Wohnsituation führt.

Um welche konkreten Elemente in den Untersuchungsorten handelt es sich nun, die zur Gesamtbewertung der Menschen beitragen? Auf die Frage, was den Menschen besonders gut gefällt, wurde vor allem die ruhige Wohnlage genannt, wobei dieser Aspekt in Königshoven in Folge der Neuerrichtung eine noch größere Rolle spielt. Größte Bedeutung wird in beiden Orten dem Gemeinschaftsleben beigemessen. Erst danach folgen städtebaulich-architektonische Aspekte. Bemerkenswert ist dabei, dass die Unterschiede zwischen beiden Stadtteilen insgesamt nur gering sind.

Doch wie sieht es umgekehrt aus, welche Aspekte stören die Bevölkerung am meisten an ihrem Wohnumfeld? Hier lassen sich zwischen beiden Stadtteilen

größere Unterschiede festmachen, die mit der innerkommunalen Lage und den daraus erwachsenen Erreichbarkeitsproblemen zusammenhängen. So bemängelt die Bevölkerung des unveränderten Stadtteils die mangelnde Anbindung an den ÖPNV, was aufgrund der vergleichsweise abseitigen, ländlichen Lage nicht verwundert. Als das wichtigste Problem wird in beiden Siedlungen jedoch das Fehlen geeigneter Möglichkeiten zur Grundversorgung (v.a. Lebensmittelgeschäfte) erachtet. Für viele, insbesondere auch ältere Menschen kann auch schon ein Fußmarsch von ein bis zwei Kilometern Länge zuviel sein.

## **5 Die Ortsbindung als Folge von Nachbarschaftsbeziehungen und Gemeinschaftsleben**

Um Aussagen über die Stabilität einer Siedlungssituation machen zu können, ist es entscheidend, neben der Befriedigung materieller Bedürfnisse auch die emotionale Bindung der Menschen an einen Ort zu berücksichtigen. Mit zunehmendem Grad an Identifikation der Menschen mit ihrem Wohnort ist von einem wachsenden Interesse an den lokalen Geschehnissen und auch von einer größeren Bereitschaft sich für den Ort zu engagieren, auszugehen. Zur Bindung an einen Ort gehört die Gesamtheit der sozialen und individuell biographischen Einflüsse, denen die Bewohner an einem Ort unterliegen. Maßgebliche Komponenten der raumbezogenen Bindung bilden die Daseinsgrundfunktionen, mit denen grundlegende menschliche und Aktivitäten umschrieben werden, die allen sozialen Schichten eigen sind und die sich auch räumlich auswirken. So gehen GEBHARDT et al. (1992, 101) davon aus, dass sich „raumbezogene Bindung eines Menschen ... auf den Ort bezieht, an dem er seine individuellen Daseinsgrundfunktionen realisiert“. In den Umsiedlungsstandorten können wichtige dieser „Grunddaseinsfunktionen“, wie etwa „Arbeiten“ oder „Bildung“, natürlich schon aufgrund der geringen Siedlungsgröße nicht oder nur sehr begrenzt von der Bevölkerung vor Ort ausgeübt werden. Allerdings trifft dies auf die Mehrzahl der ländlichen und auch suburbanen Siedlungen in der Bundesrepublik zu und stellt nichts Spezifisches für die hier betrachteten Stadtteile dar.

Aufschlussreich erscheint nun insbesondere vor dem Hintergrund des Nachbarschaftskonzepts die Frage, inwieweit und in welcher Form die Daseinsgrundfunktion „In-Gemeinschaft-Leben“ in den Stadtteilen realisiert wird. Wie zahlreiche Studien belegen, sind die Bindungen von Menschen an einen Ort in erster Linie sozial bedingt (REUBER 1993; WEISS 1993; SCHWONKE 1974). Art und Umfang sozialer Beziehungen unter den Menschen, die die Daseinsgrundfunktion „in Gemeinschaft leben“ ausmachen, korrelieren eng mit der Bildung und Intensität von Ortsbindung (WEISS 1993, 67). Der Raum ist insofern von Bedeutung, als er schließlich die „Plattform“ bildet, auf der Kommunikation stattfindet und sozialer Kontakt zwischen den Menschen entwickelt werden kann, z.B. in Form von Plätzen, Treffpunkten, Gaststätten etc.

Die Komplexität eines gemeinschaftlichen Beziehungsgefüges ist kaum vollständig zu erfassen. Methodisch ist daher die Beschränkung auf einige wenige, aber dennoch aussagekräftige Aspekte des Sozialverhaltens der Ortsbewohner notwendig, wenn man Einblick in das örtliche Gemeinschaftsleben erhalten möchte.

Hilfreich sind hier Indikatoren, die einen Einblick in den Umfang sozialer Kontakte in den Untersuchungsorten ermöglichen, z.B. die Art der Nachbarschaftsbeziehungen, das Gemeinschaftsleben oder das Engagement in örtlichen Vereinen. Infolge der gesellschaftlichen Individualisierung, die durch die veränderte Arbeitswelt und den gestiegenen Wohlstand ermöglicht worden ist, zeigt sich der Gemeinschaftsgedanke heute im Grunde lediglich noch im Freizeitverhalten. Denn die berufliche Tätigkeit wird zunehmend außerhalb des Wohnorts ausgeübt, gemeinschaftliche Anstrengungen zur Einkommenssicherung entfallen somit (DICKMANN 2004).

Um einige qualitative Angaben zu den sozialen Kontakten innerhalb der beiden Stadtteile zu erhalten, soll aus dem Verkehrskreis, in dem sich Menschen kommunikativ bewegen, exemplarisch das Verhältnis zu den unmittelbaren Wohnungsnachbarn herausgegriffen werden (Abb. 4). Nach ESSER (2001) wäre beispielsweise eine Nachbarschaft als soziales System dann integriert, wenn sich die Familien kennen und gegenseitig besuchen, sogar, wenn sie zeitweise in Konflikten miteinander stehen. Die hierzu von den Befragten gemachten Angaben sind zunächst einmal nicht besonders auffällig. Sie bewegen sich überwiegend im mittleren Antwortfeld. Nur wenige haben so gut wie keinen Kontakt miteinander. Der Vergleich der beiden Orte miteinander ( $t$ -Test,  $\alpha=0,05$ ) zeigt auch hier keine signifikanten Unterschiede.

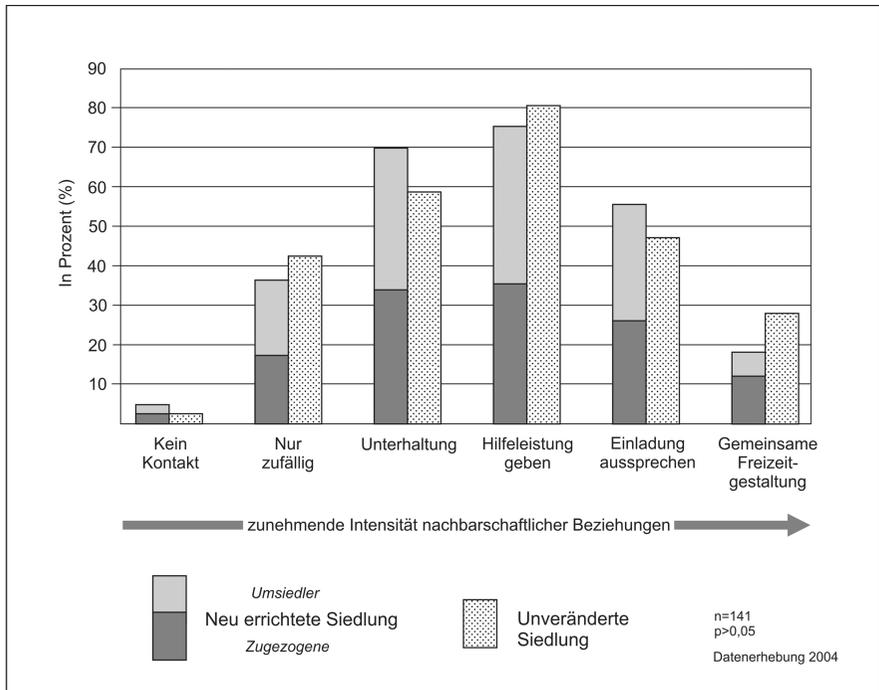


Abb. 4: Intensität der nachbarschaftlichen Beziehungen in den untersuchten Stadtteilen

Für die Frage nach der Modellfunktion solcher Umsiedlungsstandorte ist es wichtig aufzuzeigen, inwieweit die hohe Ortsbindung im neuen Stadtteil noch Ausdruck der ehemaligen Gemeinschaft des alten Ortes (also aus der Zeit vor der Umsiedlung) ist, oder ob sie sich erst nach der Neuerrichtung gebildet hat. Um dies herauszufinden, ist es notwendig zu überprüfen, ob bei Umsiedlern wie später Zugezogenen die gleiche räumliche Bindung auftritt. Zumindest bei den Umsiedlern liegt das Vorhandensein einer hohen Ortsbindung nahe, da hier schon sehr lange soziale Kontakte über Nachbarschaft, Vereinsaktivitäten u.a. bestehen. Das Ergebnis mag hier teilweise überraschen. Zwar haben relativ gesehen mehr Zuzügler bereits einmal an Wegzug gedacht (>30% im Vergleich zu 12,5% der Umsiedler) und sind weniger stark in Vereinen engagiert (10% im Vergleich zu 26%), jedoch sind sie erstaunlicherweise öfter als die umgesiedelten Bewohner der Auffassung, dass es in ihren Wohnorten ein Gemeinschaftsgefühl gibt (90% zu 74%).

Es ist also nicht so ohne weiteres möglich, von einer schwächeren sozialen Einbindung der Zugezogenen auszugehen. Die Menschen in den Umsiedlungsstandorten verfügen offensichtlich über ein Bindungspotential, das nicht nur aus den alten Dörfern „herübergerettet“ worden ist, sondern das sich in den Siedlungen neu hat bilden können.

## 6 Fazit

Auch unter Hinzuziehung weitere Indikatoren (Tab. 1) der beiden Betrachtungsebenen „Wohnzufriedenheit“ und „Ortsbindung“ zeigt sich insgesamt, dass sich die Situation im neu errichteten Standort gegenwärtig nicht schlechter darstellt als im alten gewachsenen Stadtteil Bedburgs. In der Bewertung der einander gegenübergestellten Stadtteile durch die Bewohner schneidet die neue Siedlung sogar oft besser ab, wobei die Unterschiede teilweise statistisch signifikant sind. Es ist daher davon auszugehen, dass die Siedlungsstruktur, die mit der Neuerrichtung letztlich erzielt wurde, zumindest im Vergleich mit dem gewachsenen Stadtteil als stabiler einzustufen ist. Die positiveren Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass offensichtlich Entwicklungspotenziale in den neu errichteten Siedlungen vorhanden sind.

Was bedeuten diese Untersuchungsergebnisse für die Siedlungsentwicklung und für eine leitbild-suchende Planung generell? Weder die Indikatoren zur Wohnzufriedenheit noch jene zur Ermittlung der Ortsbindung weisen auf grundsätzlich problematische Wohn- und Lebensverhältnisse der Menschen in den umgesiedelten Orten des rheinischen Braunkohlenreviers hin. Die Untersuchung belegt eine überwiegend positive Wahrnehmung der ansässigen Bevölkerung.

Der in der Untersuchung vorgenommene Vergleich zwischen einem solchen neuen Stadtteil und einem gewachsenen Ort bringt zudem interessante Unterschiede in der Bewertung durch die ansässige Bevölkerung ans Tageslicht. Denn trotz methodischer Probleme deutet sich an, wie die Situation sich darstellen könnte, wäre es nicht zu einem Abriss und einer Neuerrichtung gekommen. Hier weisen die Indikatoren offensichtlich sogar auf eine bessere Entwicklung hin als für den Fall, dass nicht umgesiedelt worden wäre. Klammert man die in vielen Fällen von den Betroffenen als sehr hart empfundenen sozialen und persönlichen Konsequenzen (Verlust der gewohnten Umgebung, materielle Belastungen etc.) aus, die vor dem

Tab. 1: Vergleich der Wahrnehmung des neu errichteten Stadtteils mit dem unveränderten Stadtteil anhand ausgewählter Indikatoren

Indikator	Situation im neuen Stadtteil		
	schlechter	gleich	besser
	(im Vergleich zum unveränderten Stadtteil)		
<b>Betrachtungsebene: „Wohnzufriedenheit“</b>			
Notenvergabe			▲
Städtebauliche Aspekte			▲
Spezifische Nachteile (Ausstattung hinsichtlich Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Freizeitangebot u.a.m)			▲
Versorgungseinrichtungen			▲
<b>Betrachtungsebene: „Ortsbindung“</b>			
Gemeinschaftsgefühl			▲
Anzahl der Freunde im Stadtteil			▲
Nachbarschaftskontakt		▲	
Wegzugsbereitschaft		▲	
Vereinsengagement			▲

Abschluss der Neuerrichtung der Siedlungen stattfanden, so kann aus der Sicht der heute dort lebenden Bevölkerung von einem gelungenen städtebaulichen Experiment gesprochen werden. Auch wenn es schwierig ist, einen direkten Zusammenhang zwischen lokalem Bewusstsein und baulichen Verhältnissen herzustellen, kann für die städtebauliche Gesamtbeurteilung solcher Umsiedlungsstandorte festgestellt werden, dass sie mit ihrer nachbarschaftsfördernden Struktur, d.h. der aufgelockerten Ein- und Zweifamilienhausbauweise, den ortsbezogenen Gemeinbedarfseinrichtungen, der kinderfreundlichen Atmosphäre etc., einen Beitrag dazu leisten, günstige Bedingungen für die Entstehung von Ortsbindung zu schaffen.

Die neuen Siedlungen, die im Zuge von Umsiedlungsmaßnahmen entstanden sind, unterscheiden sich in ihrer eigenständigen städtebaulichen Anlage und der zumindest teilweise daraus resultierenden individuell(er)en Physiognomie deutlich von vielen sonstigen Neubausiedlungen. Darin liegt ihr Potenzial für einen städtebaulichen Transfer. Sie tragen den tatsächlich ablaufenden gesellschaftlichen Prozessen und den damit einhergehenden Ansprüchen an den Raum Rechnung, z.B. dem Streben nach ruhigem Wohnen in stadtnaher Lage, der Möglichkeit zur Errichtung eines Eigenheims, etc. Sie respektieren zugleich den Wunsch vieler, die vor allem heutige Städte als „Siedlungsbrei“ (GEBHARDT et al. 1992) empfinden,

nach überschaubaren siedlungsräumlichen Einheiten (Nachbarschaften). Denn bei Fragen der Wohnzufriedenheit spielt die Ortsbindung in hochverdichteten Industrieländern, in denen nur noch ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung in überschaubaren Dörfern lebt, eine ständig wachsende Rolle. Die Untersuchungsergebnisse belegen somit die grundsätzlichen Vorzüge der Verwirklichung nachbarschaftlich orientierter städtebaulicher Konzepte. Allerdings bleiben manche Probleme ungelöst. Wenn auch die Ortsbindung und die Wohnzufriedenheit in weiten Teilen zufrieden stellend sein mögen, so muss doch elementaren siedlungsstrukturellen Anforderungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. So ist eine – auch von der befragten Bevölkerung angemahnte – hinreichende Versorgung mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungen nicht zuletzt angesichts sich wandelnder demographischer Verhältnisse (Überalterung) und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Mobilität entscheidend, um eine stabile Siedlungsstruktur dauerhaft aufrecht halten zu können.

## Literatur

- ARL 2000 = Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) 2000: Braunkohlenplanung und Umsiedlungsproblematik in der Raumordnungsplanung Brandenburgs, Nordrhein-Westfalens, Sachsens und Sachsen-Anhalts. Hannover (= Arbeitsmaterial/Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Nr. 265).
- BERGLER, R. 1976: Das Eindrucksdifferential. Theorie und Technik. Bern.
- BERKNER, A. 1994: Bergbaubedingte Ortsverlegungen in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren und ihre Folgen für die Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur. In: Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften, 16, S. 113–128.
- BERKNER, A. 1995: Der Braunkohlenbergbau in Mitteleuropa. Wirtschaftszweig im Spannungsfeld zwischen Strukturwandel, sozialer Verträglichkeit und ökologischer Sanierung. In: Zeitschrift für den Erdkundeunterricht, H. 4, S. 151–162.
- BERKNER, A. 2001: Braunkohlenbergbau und Siedlungsentwicklung in Mitteleuropa – Gratwanderung zwischen Aufschwung, Zerstörung und neuen Chancen. In: Dachverein Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e.V (Hrsg.): Straße der Braunkohle – Braunkohlenbergbau und Siedlungen. Leipzig, S. 8–19.
- BRAUN, W., SCHNEIDER K.G. u. G. WEISS 1996: Braunkohlenabbau und Umsiedlung im Rheinischen Revier. Köln (= Geostudien Sonderfolge, Nr. 3).
- BREUER, T. 1989: Zur siedlungsgeographischen Problematik der aktuellen Ortsumsiedlungen im Rheinischen Braunkohlenrevier. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 63, H.1, S. 125–155.
- BRÜCKNER, M. 1989: Umsiedlungen infolge des Braunkohlenbergbaues im Rheinland. Das Beispiel der Ortsumsiedlungen im Abbaugbiet Frimmersdorf. In: Geographische Rundschau, Jg. 41, H. 1, S. 31–37.
- DACHVEREIN MITTELDEUTSCHE STRAÙE DER BRAUNKOHL E.V. (Hrsg.) 2001: Straße der Braunkohle – Braunkohlenbergbau und Siedlungen. Leipzig.
- DALLDORF, H. 1971: Umsiedlung ist Raumordnung. In: Deutsche Architekten- und Ingenieurzeitschrift, 9, H. 5, S. 92–95.
- DECKER, J., O. EBERT, K. HATER, T. JANSEN, M. RITSCHERLE u. P. ZLONICKY 1990: Gutachten zur Beurteilung der Sozialverträglichkeit von Umsiedlungen im Rheinischen Braunkohlerevier. Dortmund (= Institut für Landes- und Stadtforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, ILS Schriften 48).

- DICKMANN, F. 1995: Anspruch und Wirklichkeit von Ortsumsiedlungen im Rheinischen Braunkohlerevier. Untersuchungen zur Bedeutung von Umsiedlungsstandorten in der kommunalen Siedlungsentwicklung und -planung. Aachen (= Aachener Geographische Arbeiten, H. 29).
- DICKMANN, F. 1996a: Freizeit und Nachbarschaft am neuen Ort – Ergebnisse einer Fragebogenerhebung in Umsiedlungsstandorten des Rheinischen Braunkohlenreviers. In: Volkskultur an Rhein und Maas, 15. Jg., H. 3, S. 11–33.
- DICKMANN, F. 1996b: Umsiedlungsatlas des Rheinischen Braunkohlenreviers. Siedlungsform, Wohnen, Infrastruktur – Umsiedlungsmaßnahmen als Faktor kommunalen Strukturwandels. Bonn.
- DICKMANN, F. 1997: Die Umsiedlungsstandorte des Rheinischen Braunkohlenreviers und die kommunale Planung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, H. 2, S. 285–306.
- DICKMANN, F. 2004: Freizeit auf dem Lande – Ergebnisse einer sozialgeographischen Studie zu wohnungsnahen Freiraumaktivitäten in ländlichen Gebieten des Rheinlands. In: FAUST, H., K. GEE, T. REEH (Hrsg.): Freizeit und Tourismus – Konzeptionelle und regionale Studien aus kulturgeographischer Perspektive. Göttingen, S. 79–94 (= ZELTForum – Göttinger Schriften zu Landschaftsinterpretation und Tourismus, Bd. 2).
- ESSER, H. 2001: Integration und ethnische Schichtung. Mannheim (= Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40).
- GEBHARDT, H., P. REUBER, K. SACHS, G. SCHWEIZER, B.-A. STEGMANN 1992: Heimat in der Großstadt. Räumliche Identifikation im Verdichtungsraum und seinem Umland. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, H. 1, S. 75–144.
- KABISCH, S. 1997: Siedlungsentwicklung und Braunkohletagebau. Ausgangspositionen und Entwicklungschancen der Siedlungen im Braunkohlerevier Südraum Leipzig. In: Sächsische Heimatblätter, 5, S. 294–299.
- KABISCH, S. 2001: Lebensqualität in der Bergbaufolgelandschaft – Soziologische Forschungen zu Anliegergemeinden des Tagebaus Espenhain. In: BERKNER, A. 2001: Straße der Braunkohle – Braunkohlenbergbau und Siedlungen, hrsg. v. Dachverein Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e.V. Leipzig, S. 107–118.
- KABISCH, S. u. A. BERKNER 1996: Bergbaubedingte Ortsumsiedlungen in Mitteldeutschland – Suche nach Sozialverträglichkeit oder unlösbarer sozialer Konflikt. In: HEINRITZ, G., J. OßENBRÜGGE, R. WIEßNER (Hrsg.): Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit. Stuttgart, S. 130–138 (= 50. Deutscher Geographentag Potsdam 2. Bis 5. Oktober 1995. Tagungsbericht und Wissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 2).
- KABISCH, S., u. S. LINKE 2000: Revitalisierung von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft. Opladen.
- KLEIBER, W. 1988: Städtebaulicher Bericht – Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege. In: BBauBl, H. 7, S. 364–373.
- LICHTENBERGER, E. 2002: Die Stadt – von der Polis zur Metropolis. Darmstadt.
- MAYERS, E., u. Ch. LÖGTERS 1986: Entwicklungstendenzen in der Gestaltung von Umsiedlungsstandorten. Ein Stück Umsiedlungsgeschichte. In: Braunkohle, Bd. 38, H. 4, S. 63–75.
- MURR, K. 1967: Strukturverbesserungen im rheinischen Bergbau durch bergbaubedingte Umsiedlungen. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 11, H. 8, S. 254–256.
- OSGOOD, C., G. SUCI u. P. TANNENBAUM 1971: The measurement of meaning. Chicago.
- REUBER, P. 1993: Heimat in der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu Raumbezug und Entstehung von Ortsbindung am Beispiel Kölns und seiner Stadtviertel. Köln (= Kölner Geographische Arbeiten, H. 58).
- SCHMIDT, H. 1960: Umsiedlungen im Rheinischen Braunkohlerevier – ihre wirtschafts- und sozialgeographischen Probleme. Köln.

- SCHWONKE, M. 1974: Kommunikation in städtischen Gemeinden. In: PEHNT, W. (Hrsg.): Die Stadt in der Bundesrepublik. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung. Stuttgart. S.45–63.
- SEVENICH, R., P. BRENDEL, B. GELLRICH (Hrsg.) 1996: Sozial-Verträglich – Garzweiler II, Teil 2. Aachen.
- ULRICH, H. 1996: Geschlossene Umsiedlung sozialverträglich – aus der Sicht eines Planers, In: SEVENICH, R. et al. (Hrsg.): Sozial-Verträglich – Garzweiler II, Teil 2. Aachen, S. 145–165.
- WEISS, G. 1993: Heimat vor den Toren der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu raumbezogener Bindung und Bewertung in Randgebieten des Verdichtungsraums am Beispiel des Umlandes von Köln. Köln (= Kölner Geographische Arbeiten, H. 59).
- WIRTH, A. 1990: Bewahrung lokalen Bewusstsein bei Umsiedlungsmaßnahmen im rheinischen Braunkohlenrevier. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, H.1, S. 157–173.
- WÜST, K.H. 1977: Zur Umsiedlung von Dörfern im Rheinischen Braunkohlengebiet am Beispiel Königshoven. Berlin (= Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung, H.1, TU Berlin).

[www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)

[www.sozialestadt.de/programm](http://www.sozialestadt.de/programm)